

Nur keine Inflation!

Stabilitätskultur aus französischer und deutscher Sicht

Oliver Fohrmann*



Seit der Einführung des Euro folgt die europäische Geldpolitik der deutschen Tradition eines stabilen Geldwerts, um mittelfristig höhere Inflationsraten als 2 % um jeden Preis zu vermeiden. Doch der Ruf nach laxerer Geldpolitik wird lauter, nicht zuletzt aus Frankreich. Wie kommt es zu den unterschiedlichen Positionen beider Länder?

Différences d'appréciation

Depuis l'introduction de l'euro, la politique monétaire européenne est guidée par le respect de la tradition allemande d'une stabilité de la monnaie. Mais tous les pays ne partagent pas cet objectif et prônent davantage de souplesse, notamment la France. L'auteur de l'analyse résume les raisons de ces différences d'appréciation, rappelant notamment la peur de l'inflation en Allemagne et les débats en France sur le rôle de la Banque centrale européenne. Chaque pays, dit-il, devrait chercher à comprendre les hésitations de l'autre. Sans préjugés. Réd.

tum zu stärken und die Arbeitslosigkeit zu senken. Infolge des ökonomischen Zusammenhangs zwischen der Höhe der Inflationsrate, der Expansivität der Geldpolitik und der politischen Unabhängigkeit der Zentralbank spricht sich Deutschland regelmäßig für eine von politischen Einflüssen befreite Zentralbank aus, während die französische Politik Sarkozys die Zentralbank zusätzlich für die Erreichung anderer wirtschaftlicher Ziele als nur Geldwertstabilität einsetzen möchte.

Im deutsch-französischen Kontext bekommt diese bis hierhin politökonomische Debatte nun weitere kulturelle Dimensionen. Etwa historische: Die ausgeprägte Inflationsangst der Deutschen wird häufig mit deren geschichtlichem Erlebnis der Hyperinflation von 1923 begründet, die im kollektiven Gedächtnis einen festen Platz habe. Die damalige Erfahrung war nicht die irgendeiner aussitzbaren Wirtschaftskrise, sondern ein traumatischer Schock. Die Deutschen machten die Erfahrung einer tiefgreifenden Perversion, nämlich wie gerade die ehrlichen, arbeits- und sparsamen Bürger von der Inflation bestraft wurden, indem sie ihre Ersparnisse verloren, während die über ihre Verhältnisse und womöglich auf Kosten anderer Lebenden belohnt wurden, indem deren Schulden entwertet wurden. Dieses Motiv taucht heute wieder auf. Das deutsche Bestehen auf einer auch für Europa geltenden Stabilitätskultur in Währungsfragen ist, aus deutscher Sicht, weniger das panische Zurückschrecken des gebrannten

Es ist ein altes Streitthema, das nicht erst in Zeiten von Eurokrise und angeblicher Germanophobie wieder eine Rolle spielt. Zu den Grundgedanken des deutschen Wirtschaftssystems, der Sozialen Marktwirtschaft, zählte von Beginn an explizit die Forderung nach einem stabilen politischen Rahmen, stetiger, verlässlicher Wirtschaftspolitik, insbesondere im Bereich der Geldpolitik. Die geforderte Planungssicherheit für die Wirtschaft schließt ausdrücklich einen stabilen Geldwert, also eine möglichst niedrige Inflationsrate ein. In Frankreich hingegen, wie auch in anderen EU-Ländern, gelten höhere Inflationsraten als noch akzeptabel – wegen der damit verbundenen Chance, zumindest kurzfristig das Wirtschaftswachs-

* Dr. rer. pol. Oliver Fohrmann ist DAAD-Fachlektor für Wirtschaftswissenschaften an der *Université de Cergy-Pontoise* und am *Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine (CIRAC)*.

Kindes vor jeder harmlosen Kerzenflamme leicht erhöhter Inflation, als vielmehr ein *Déjà-vu* – das Gefühl, als arbeitsames und solide wirtschaftendes Land für die als nicht so effizient wirtschaftend wahrgenommenen Partnerländer, insbesondere des Südens, aufkommen zu müssen. Gerade die deutsche Ablehnung von Euro-Bonds lässt sich so erklären.

Leidvolle Erfahrungen

Auch in Frankreich ist die Diskussion über die Stabilität des Euro nicht von historischen Erfahrungen trennbar. Das deutsche Beharren auf einer für Europa gültigen, diszipliniert an Währungsstabilität ausgerichteten Geldpolitik, auf eine strikt rein ökonomisch regelgebundene Europäische Zentralbank, überhaupt auf die Betonung von Ordnungs- im Verhältnis zu Prozesspolitik, ist eben ein auch für andere Länder zu gelten habendes deutsches Beharren auf Disziplin, Regelbeachtung und Ordnung. Eine kürzlich im Auftrag der Deutschen Botschaft in Paris durchgeführte Umfrage belegt, dass diese Begriffe im Deutschland-Bild der Franzosen durchaus noch ihren Platz haben, wenn auch nicht notwendigerweise negativ konnotiert. Ein deutscher Nationalcharakter ließe sich wenn, dann so beschreiben. Das heißt aber, dass auch die Franzosen somit ein *Déjà-vu* erleben, nämlich ein ihnen Vorschriften machen wollendes Deutschland. Auf Präsident Sarkozys Fernsehansprache im Oktober 2011 hin, in der er das deutsche Wirtschaftssystem als vorbildlich pries, zeichnete die politsatirische Puppensendung des französischen Senders *Canal Plus* sofort das Bild eines erneut in Frankreich einmarschierenden Deutschlands. Spitzenpolitiker der französischen Sozialisten schrieben ihrem Nachbarn nationalen Egoismus und eine Politik wie unter Bismarck zu. Daraufhin mussten sie sich ausgerechnet vom rechten Regierungslager den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit gefallen lassen.

Ungeachtet dessen, dass viele Äußerungen vor dem Hintergrund des französischen Präsidentschaftswahlkampfes taktisch begründet waren, bleibt dennoch festzustellen: Was den Deutschen die angeblich parasitären Südländer, ist den Franzosen ein angeblich wieder hegemoniales

Deutschland. Für beide Seiten scheint zu gelten, was die französische Gesundheitsministerin Bachelot aussprach: „*In Krisenperioden ist die Versuchung, Sündenböcke im Ausland zu finden, eine Leitlinie.*“

Schaut man jedoch genauer hin, trifft man in beiden Ländern auch auf ökonomisch rationalere Erklärungen für die deutsche Stabilitätskultur. Dafür muss gar keine blinde Unterwerfung unter monetaristische Ideologien unterstellt werden. Als Land mit einer traditionell hohen Sparquote kann Deutschland nur an einer möglichst niedrigen Inflationsrate und damit möglichst geringer Entwertung der Ersparnis gelegen sein. Hier spielt auch die Alterung der Gesellschaft und die niedrige Geburtenrate in Deutschland eine Rolle: Dessen Bevölkerung hat das höchste Durchschnittsalter der Europäischen Union und Ältere sparen mehr als Jüngere. Ältere sind auch gemeinhin eher risikoavers – eine Eigenschaft, die in Deutschland ohnehin relativ verbreitet ist: man verschuldet sich beispielsweise ungern, und Hauskredite werden vergleichsweise schnell zurückgezahlt. Inflation ist ein Risiko. Nicht zuletzt ist sie für eine exportorientierte Wirtschaft wie die deutsche ein besonderes Störelement, sie erhöht das Wechselkursrisiko beim Handel mit Nicht-Euro-Ländern.

All dies erklärt, warum Deutschland schon aus rein ökonomischen Gründen ein höheres Interesse an einer ausgeprägten Stabilitätskultur haben könnte als Frankreich mit seiner höheren Geburtenrate, jüngeren Gesellschaft und geringeren Risikoaversion, obwohl oder weil Frankreich mit seiner über viele Jahre zweistelligen Inflationsrate in den 1950er- und 1960er-Jahren so seine Erfahrungen hat. Dennoch reagieren Franzosen nicht wegen jeder kurzfristigen Rohstoffpreiserhöhung von ein paar Prozent gleich panisch.

Wie auch immer sich der Konflikt um die richtige Stabilitätskultur entwickelt, könnte auch in diesem Fall der erste Schritt zu dessen Bewältigung aus dem Bemühen bestehen, möglichst vorurteilslos die begründeten Vorbehalte des jeweiligen Partnerlandes zu verstehen. Danach besteht die Chance, dass das gemeinsame Interesse an einem vereinten Europa unterschiedliche Positionen einzelner Staaten relativiert.